

Protokoll

22. öffentliche Sitzung des Ausschusses Soziales, Migration und Gesundheit vom 11.06.2026, Lüchow (Wendland), Kreishaus, Raum A200

Tagesordnung:

Vorlage-Nr.

Öffentlicher Teil

- . Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 1. Genehmigung des Protokolls der 20. Ausschusssitzung vom 05.02.2026
- 2. Genehmigung des Protokolls der 21. Ausschusssitzung vom 23.04.2026
- 3. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
- 4. Antrag auf Förderung 2027 Checkpoint Queer 2026/778
- 5. Vorstellung Gesundheitsamt - Schuleingangsuntersuchungen
- 6. Antrag von KTA Himmel (Bündnis 90/Die Grünen) im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 10.04.2026: Öffentlichen Gesundheitsdienst 2026/851
- 7. Antrag von KTA Himmel (Bündnis 90/Die Grünen) im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 28.05.2026: Beirat Elbe-Jeetzel-Klinik - Neufassung Satzung 2026/852
- 8. Antrag von KTA Bade, KTA Haase-Mühlner, KTA Liebhaber, KTA Schwidder, KTA Beckmann, KTA Hillmer und KTA Peters (SPD) im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 20.05.2026: Barrierefreier Zugang zur Bücherei Lüchow 2026/839
- Anfrage von KTA Gallei, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 05.05.2026: Barrierefreiheit Samtgemeinde-Bücherei Lüchow in einem kreiseigenen Gebäude 2026/801
- 8.1. Dannenberg vom 05.05.2026: Barrierefreiheit Samtgemeinde-Bücherei Lüchow in einem kreiseigenen Gebäude
- 9. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen
- Anfrage von KTA Klepper (SOLI) im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 2026/853
- 9.1. 28.05.2026: Asylantrag Familie

Anwesend:

KTA Bade, Heike Vorsitzende	
KTA Carmienke, Christian	anwesend bis 17:54 Uhr
KTA Dorendorf, Uwe	anwesend bis 18:02 Uhr
KTA Gallei, Matthias	
KTA Herzog, Kurt	
KTA Himmel, Hanno	anwesend ab 15:02 Uhr
KTA Kretschmer, Sabine	anwesend bis 17:47 Uhr
KTA Schulz, Torsten	anwesend von 15:17 - 17:47 Uhr
KTA Römer, Sabine	anwesend bis 17:36
Beratendes Mitglied Berg, Hartmut	
Seniorenbeirat Mende, Inge	anwesend bis 17:59 Uhr
Erster Kreisrat Schermuly, Simon-Daniel	
Bardowicks, Marlene - Protokollführung	
Ehrhardt, Stephanie - FDL	
Hirschgänger, Renate – FD Gesundheit	

Gäste:

Ricarda Obrikat (Checkpoint queer)
Berry Ney (Checkpoint queer)

Es fehlen:

KTA Behrens, Marcel	
KTA Peters, Kerstin stellv. Vorsitzende	
KTA Fathmann, Bernard	entschuldigt
beratendes Mitglied Russow-Henning, Ellen	
beratendes Mitglied Socha, Michèle	

Beginn:

15:01 Uhr

Ende:

18:04 Uhr

Öffentlicher Teil

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

KTA Heike Bade eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden, und stellt die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung fest. Zudem gebe es keine Anmerkungen zur Tagesordnung. Die Tagesordnung wird festgestellt.

1. Genehmigung des Protokolls der 20. Ausschusssitzung vom 05.02.2026

KTA Heike Bade lässt über das Protokoll vom 05.02.2026 abstimmen.

einstimmig beschlossen Ja-Stimmen: 7 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 1

2. Genehmigung des Protokolls der 21. Ausschusssitzung vom 23.04.2026

Heike Bade weist darauf hin, dass das Protokoll der 21. Ausschusssitzung vom 23.04.2026 geändert beschlossen wird. In dem Protokoll wird unter Punkt 8 bei den Anmerkungen von KTA Herzog ein zusätzlicher Punkt zur digitalen Gewalt ergänzt.

einstimmig geändert beschlossen Ja-Stimmen: 6 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 2

3. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Christel Bremer aus Schnega berichtet über den abgelehnten Asylantrag einer Familie. Der Ehemann sei Dachdecker und die Ehefrau in der Küche des Seminarhofs beschäftigt. Sie verstehe nicht, warum Menschen, die arbeiteten, ihre Ausbildung, Bildung, Nahrung und Unterkunft selbst finanzierten und keine Wirtschaftsflüchtlinge sind, sondern Verfolgte seien, keine Fürsprecher im Landkreis haben. Sie fragt, ob es im Landkreis noch Möglichkeiten gebe, die Familie zu unterstützen, da sie bereits alle ihr bekannten, verfügbaren Hilfen ausgeschöpft habe.

KTA Heike Bade weist darauf hin, dass es eine Anfrage von KTA Klepper zu diesem Thema gebe. Er habe den Punkt bereits eingebracht. Sie schlägt vor Frau Bremer später in die Diskussion mit einzubeziehen, sofern niemand Einwände erhebe.

Christel Bremer aus Schnega erklärt hierzu ihre Bereitschaft.

KTA Bade bedankt sich für die Eingabe und schließt die Einwohnerfragestunde, da keine weiteren Meldungen vorliegen.

4. Antrag auf Förderung 2027 Checkpoint Queer

2026/778

Berry Ney (Checkpoint queer) betont, dass Checkpoint Queer als Community-Center, mobile Beratungsstelle und Anlaufstelle für queere Menschen in Niedersachsen tätig ist. Der Fokus liege auf der Region Lüneburg sowie den Landkreisen Celle, Uelzen, Soltau und Lüchow-Dannenberg. Zudem sei man an der Stelle für sexuelle Gesundheit in Lüneburg angesiedelt. Laut einer Studie seien 12 % der Bevölkerung queer, was im Landkreis Lüchow-Dannenberg etwa 6.000 Menschen entspreche. Ziel sei es, queere Menschen in medizinische und psychosoziale Versorgungssysteme zu integrieren, insbesondere Transmenschen, Angehörige und junge, vulnerable Personen benötigen oft Unterstützung. Für Lüchow-Dannenberg werde ein Kombinationsantrag in Höhe von 10.000 Euro gestellt, wovon 5.000 Euro den Landkreis fallen und 5.000 Euro auf Samtgemeinden und Städte. Die Mittel seien für Raumkosten, Verwaltung und eine pädagogische Fachkraft gedacht, um zwei Beratungstage pro Monat vor Ort anzubieten. Zudem seien Netzwerke, Supervision und Bildungsveranstaltungen vorgesehen. In Lüchow-Dannenberg sei der Zugang zu Beratungsterminen aufgrund mangelnder Mobilität besonders wichtig. Kooperationen mit Ehrenamtlichen/ Peer-Beratungen würden genutzt, in diesem Jahr seien 25 Online-Beratungen und wenige aufsuchende Beratungen durchgeführt worden.

Berry Ney (Checkpoint queer) begründet, dass der Antrag früher als im Vorjahr gestellt wurde, um Kritik an der späten Einreichung zu begegnen. Aufgrund der kurzen Zeit seien keine umfassenden Neuerungen im Antrag möglich, aber erste Erfolge erzielt worden.

KTA Christian Carmienieke fragt nach der Anzahl der Beratungen in diesem Jahr, insbesondere nach der Aufteilung zwischen Online- und Vor-Ort-Terminen sowie der Gesamtanzahl der betreuten Personen.

Ricarda Obrikat (Checkpoint queer) erklärt, dass Vor-Ort-Beratungen in Dannenberg ab dem nächsten Monat stattfinden. In der ersten Hälfte des Jahres seien 25 Online-Beratungen durchgeführt und das ehrenamtliche Angebot gestärkt worden. Pro Monat seien etwa 5–6 Vor-Ort-Beratungen geplant, was auf jährlich 36–50 Beratungen hinauslaufe. Insgesamt seien 50–75 Neuzugänge pro Jahr zu erwarten. Lokale Unterschiede wie in Lüneburg (städtische Infrastruktur) und Winsen/Celle (rechte Angriffe) erforderten spezifische Ansätze.

KTA Christian Carmienieke fragt nach der Anzahl der Gesuche aus Lüchow-Dannenberg im Vorjahr.

Berry Ney (Checkpoint queer) gibt an, dass 25 Menschen aus Lüchow-Dannenberg in Lüneburg Beratung in Anspruch genommen hätten und insgesamt 50 Personen in den letzten Jahren betreut wurden.

KTA Sabine Kretschmer fragt nach der Altersspanne und der Dauer der Beratungen.

Berry Ney (Checkpoint queer) nennt einen Durchschnittsalter von 20–30 Jahren, wobei auch vereinzelt jüngere und ältere Klient:innen betreut würden. Die Dauer der Beratungen reiche von Einzelterminen bis zu 1–1,5 Jahren.

Ricarda Obrikat (Checkpoint queer) gibt Zahlen für Lüneburg an: 128 Einzelkontakte, 154 mehrfache Kontakte, 163 neue Beratungen im Jahr und 119 fortlaufende Beratungen aus dem Vorjahr.

KTA Christian Carmienieke fragt nach dem Unterschied zwischen der professionellen Beratung und der ehrenamtlichen Peer-Beratung.

Berry Ney (Checkpoint queer) betont den Ausbildungsgrad und die Krisenintervention bei professionellen Beratungen. Ehrenamtliche Beratungen würden aufgrund fehlender Qualifikation bei Suizidalität oder komplexen Fällen abgelehnt.

Ricarda Obrikat (Checkpoint queer) ergänzt, dass rechtliche Aspekte wie zum Beispiel die aktuelle Diskussion um Hormonkosten einen professionellen, aktuellen Bildungsstand erforderten.

KTA Christian Carmienieke fragt nach der Bewilligung der anderen Anträge.

Ricarda Obrikat (Checkpoint queer) berichtet, dass die Stadt Hitzacker und der Landkreis Lüchow-Dannenberg letztes Jahr bewilligt haben. Für dieses Jahr hätte die Elbtalaue eine Absage erteilt.

KTA Matthias Gallei begrüßt das Angebot und fragt nach Strategien zur besseren Sichtbarkeit, insbesondere für zurückgezogene Menschen.

Berry Ney (Checkpoint queer) nennt CSD-Teilnahme, Community-Netzwerke, Presse und Newsletter als Maßnahmen.

KTA Matthias Gallei betont, dass CSD nur einen Teil der Zielgruppe erreiche und fordert Soziale Medien, Kooperationen mit Ärzten und weitere Ansätze.

KTA Hanno Himmel fragt nach der Trennschärfe zwischen Peerberatung und professioneller Beratung.

Ricarda Obrikat (Checkpoint queer) unterstreicht die Notwendigkeit der Unterstützung und Schulung der Peerberater und die Abgrenzung zu professionellen Angeboten.

Berry Ney (Checkpoint queer) erläutert, dass Peerberatung einfache Anliegen abdecke, während professionelle Beratung bei komplexen Themen wie Hormontherapie oder Mobbing eingesetzt werde.

KTA Sabine Römer fragt nach der psychologischen Ausbildung der Berater:innen.

Ricarda Obrikat (Checkpoint queer) erklärt, dass Verweise an Psychiater:innen erfolgten, zum Beispiel in Zusammenarbeit mit Hamburg.

KTA Sabine Kretschmer fragt nach der Möglichkeit, die Förderung zu reduzieren und Ehrenamtliche vor Ort dazu mehr zu stärken.

Berry Ney (Checkpoint queer) betont, dass langfristig regionale Netze ausgebaut werden sollen, aber eine Reduktion der Mittel zu noch längeren Wartezeiten führen würde.

Ricarda Obrikat (Checkpoint queer) begründet, dass der Antrag von 10.000 Euro (5.000 Euro für Lüchow-Ausschuss Soziales, Migration und Gesundheit am 11.06.2026 - Seite 3 von 8

Dannenberg) bereits minimal sei.

KTA Norbert Schwidder betont die Notwendigkeit professioneller Beratung und kritisiert, dass auf Ehrenamt abgewälzt werde.

KTA Sabine Römer fragt nach der Sichtbarkeit von Checkpoint Queer im Internet.

Ricarda Obrikat (Checkpoint queer) nennt soziale Medien und Mund-zu-Mund-Propaganda als Erfolgsfaktoren.

KTA Christian Carmienke kritisiert die Darstellung des Antrags als wenig überzeugend und verweist auf bestehende Beratungsangebote.

KTA Matthias Gallei betont die Einzigartigkeit des professionellen Angebots und distanziert sich von Sparvorschlägen.

Hartmut Berg kritisiert die Abhängigkeit von Ehrenamt und fordert finanzielle Sicherheit.

KTA Hanno Himmel betont die Notwendigkeit professioneller Beratung und kritisiert Sparvorschläge.

Der Landkreis zahlt an Checkpoint einen Zuschuss in Höhe von 5.000 €.

Abstimmung: Ja: 5 Nein: 2 Enthaltungen: 2

5. Vorstellung Gesundheitsamt - Schuleingangsuntersuchungen

Frau Hirschgänger (Ärztin Gesundheitsamt) erläutert, dass sie als Ärztin im Kinder- und Jugendgesundheitsdienst des Gesundheitsamts für die Schuleingangsuntersuchung (SEU) zuständig sei. Die SEU sei eine der beiden gesetzlich vorgeschriebenen Untersuchungen neben dem Totenschein. Sie betont die Bedeutung der SEU für die Erhebung von Gesundheitsdaten und die Koordination mit Schulen, der Untersuchungszeitraum gehe von September bis 1. Mai, um Kindergartenbedarfe für das nächste Jahr zu klären. Die SEU umfasse zwei Teile mit unterschiedlichen Untersucherinnen, darunter Sehtests, Hörtests, graphomotorische und visuelle Wahrnehmungsuntersuchungen. Für Kinder mit Migrationshintergrund seien spezielle Tests teilweise nicht durchführbar. Die körperliche Untersuchung umfasse Herz-Lunge-Abhörung, orthopädische und zahnmedizinische Prüfung. Flyer würden für auffällige Ergebnisse erstellt, um Eltern in der Förderung zu unterstützen. Bei Bedarf werde eine Einschulungsempfehlung oder Rückstellung empfohlen, wobei bei sonderpädagogischem Förderbedarf weitere Einschätzungen erforderlich seien. Die erfassten Daten würden anonymisiert an das Niedersächsische Landesgesundheitsamt übermittelt.

KTA Christian Carmienke fragt nach der Kommunikation und Zusammenarbeit mit dem Jugendamt.

Frau Hirschgänger erklärt, dass eine gute Zusammenarbeit mit dem Jugendamt und Sozialamt bei speziellen Bedarfen stattfindet. Sie betont, dass bei auffälligen Defiziten Schweigepflichtentbindungen mit den Eltern vereinbart würden, um weitere Fachdienste einzubeziehen.

KTA Matthias Gallei fragt nach der Einbindung von Schulleitungen in die SEU.

Frau Hirschgänger bestätigt, dass Schulleitungen bei Bedarf oder auf Wunsch grundsätzlich teilnehmen können, was in einigen Fällen zu schnelleren Lösungen wie Kita-Platzvermittlungen führe.

KTA Torsten Schulz fragt nach Wünschen an das Gremium.

Frau Hirschgänger lobt die Arbeitsbedingungen und kooperative Zusammenarbeit mit Kitas und Schulen. Sie betont, dass die SEU nicht als „Durchfallprüfung“ verstanden werde, sondern den individuellen Bedarf der Kinder transparent mache.

KTA Norbert Schwidder hebt die wertvolle Zeitinvestition der Schulleitungen hervor, die zusätzliche Eindrücke für die Einschätzung von Schülern sammeln.

Frau Hirschgänger bestätigt, dass solche Praktiken in anderen Landkreisen nicht üblich seien.

KTA Heike Bade fragt nach der Bewertung von Kindern mit Migrationshintergrund.

Frau Hirschgänger erklärt, dass Sprachtests bei solchen Kindern nicht gewertet würden, Differenzen in der Sprachentwicklung würden jedoch separat bewertet.

KTA Kurt Herzog fragt nach Trends in Sprachentwicklung und Gesundheitsdaten.

Frau Hirschgänger erklärt, dass die Daten aufgrund veränderter Testmethoden in den letzten Jahren nicht vollständig vergleichbar seien. Statistische Daten ließen sich von der Internetseite des Landesgesundheitsamtes entnehmen.

6. Antrag von KTA Himmel (Bündnis 90/Die Grünen) im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 10.04.2026: Öffentlichen Gesundheitsdienst	2026/851
--	----------

KTA Hanno Himmel betont, dass der öffentliche Gesundheitsdienst nach der Auflösung des Zweckverbands Uelzen/Lüchow-Dannenberg wieder in Eigenregie etabliert wurde. Er bemerkt die Schwierigkeiten, Fachkräfte im ärztlichen Bereich zu gewinnen, und fragt die Verwaltung, welche Schritte zur Gewinnung von FachärztInnen für öffentliches Gesundheitswesen unternommen werden könnten. Zudem wird die Frage gestellt, ob Ausnahmeregelungen beim Ministerium beantragt werden könnten, um die gesetzlichen Anforderungen trotz Personalengpässen umsetzen zu können.

EKR Simon Schermuly bestätigt, dass das Gesundheitsamt ursprünglich mit vier ÄrztInnen, eine in Weiterbildung, gut besetzt gewesen sei. Er weist auf den Verlust der Fachärztin für öffentliches Gesundheitswesen hin, der den öffentlichen Gesundheitsdienst im Landkreis schwer getroffen habe, da diese per Gesetz auch die Fachdienstleitung innehaben müsse. Er betont, dass Erleichterungen durch das Ministerium ermöglicht wurden. Der Landkreis ist jedoch weiterhin auf Amtshilfe bei Beamtenuntersuchungen angewiesen. Zudem hebt er das Engagement des Teams hervor, das trotz Personalengpässen und organisatorischer Herausforderungen (z. B. viele kleine Teams im Außendienst) gute Arbeit leiste. Er betont, dass die Trennung vom Landkreis Uelzen, obwohl damals strittig, letztlich eine gute Entscheidung gewesen sei, um zukünftige Aufgaben bewältigen zu können.

Frau Hirschgänger (Ärztin Gesundheitsamt) gibt an, dass aktuell 1,5 von 3,5 Vollzeit-Äquivalenten an ärztlichen Stellen besetzt seien. Sie nennt konkrete Defizite, wie Schwierigkeiten gesetzliche Aufgaben (z. B. Prostitutionsaufsicht) zu erfüllen, und betont, dass der Gesundheitsdienst im Vergleich zur Allgemeinmedizin ein geringeres Einkommen und ein schlechteres Image habe. Sie weist auf den Gesetzentwurf Niedersachsens hin, der die Leitung eines Gesundheitsamts durch Nicht-FachärztInnen ermöglichen könnte, betont jedoch, dass Bundesgesetze weiterhin AmtsärztInnen erfordern.

KTA Hanno Himmel fragt nach Lösungsmöglichkeiten, insbesondere zur Gewinnung einer Amtsärztin. Er nennt mögliche Ansätze wie Kooperationen für die Weiterbildung oder die Attraktivierung des Arbeitsplatzes durch bessere Sichtbarkeit (z. B. im RVZ).

KTA Christian Carmienieke schlägt vor, den Gesundheitsdienst regelmäßig im Sozialausschuss als ständigen Tagesordnungspunkt zu behandeln, um die Situation politisch begleiten zu können.

Hartmut Berg plädiert dafür, die Wirtschaftsförderung einzubeziehen, um beispielsweise über „Arztlotsen“ oder Kooperationen mit der Arbeitsagentur Lösungen für die Personalproblematik zu entwickeln.

behandelt

Der TOP "Öffentlicher Gesundheitsdienst" wird im FA SOZ als ständiger TOP auf die Tagesordnungen genommen.

7. Antrag von KTA Himmel (Bündnis 90/Die Grünen) im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 28.05.2026: Beirat Elbe-Jeetzel-Klinik - Neufassung Satzung	2026/852
---	----------

KTA Hanno Himmel betont, dass die Arbeit im Beirat Elbe-Jeetzel-Klinik nach wie vor nicht zufriedenstellend ist. Er verweist darauf, dass der Beirat keine Sitzungen aus eigener Initiative einberufen kann und dass Vertretungsregelungen fehlen.

KTA Himmel fordert, dass die Kreisverwaltung die Klinikleitung auffordert, diese Regelungen einzuführen. Er begründet dies damit, dass der Beirat einen Kontakt zur Kreispolitik herstellen soll, wofür er Vertretungsregelungen als unbedingt notwendig erachtet.

KTA Heike Bade stellt fest, dass die Verwaltung vorgeschlagen hat, die Themen in der nächsten Beiratssitzung zu besprechen. Es müsse ganz diplomatisch erneut angesprochen werden, da es bereits

einmal vehement verneint worden ist.

KTA Kurt Herzog unterstützt den Antrag, da die Forderung nach Einberufungsrecht und Vertretungsregelungen seit Jahrzehnten besteht. Er kritisiert die Klinikleitung für ihre Haltung, die Politik auszuschließen, und betont, dass der Beirat lediglich ein Informationsgremium sei. Herzog verweist auf die Verkaufsgeschichte der Klinik und die damit verbundenen Interessen der Politik, um in kritischen Situationen einwirken zu können.

KTA Matthias Gallei erläutert, dass die Kreistagsfraktionen bereits einstimmig beschlossen hatten, die Regelungen vorzunehmen, um Einwirkungsrechte in schwierigen Zeiten zu sichern.

KTA Sabine Kretschmer betont, dass eine feste Vertretung die Kontinuität der Arbeit sicherstelle und der Austausch bei Abwesenheit des Hauptvertreters gewährleistet sei.

Hartmut Berg fragt, ob ein Patientenbeirat existiere, und schlägt vor, diesen als Ergänzung zum bestehenden Beirat einzuführen, um die Beratungsbreite zu erweitern.

KTA Heike Bade antwortet, dass sie keine Kenntnis über einen Patientenbeirat habe und dies nachforschen müsse.

KTA Christian Carmienieke begründet, dass die Kommunikation mit der aktuellen Klinikleitung gut sei und alle Informationen beantwortet würden. Er verspricht, den Antrag in der nächsten Beiratssitzung erneut anzusprechen.

KTA Norbert Schwidder betont, dass die Kommunikation zwar derzeit gut sei, aber langfristig keine Gewissheit bestehe. Er verweist auf die Verkaufsgeschichte der Klinik und die damaligen Regelungen, die den Kreis belasteten. KTA Schwidder sieht die aktuelle Situation als günstigen Zeitpunkt an, die Spielregeln zu modernisieren, um in zukünftigen Krisen Einfluss nehmen zu können.

KTA Uwe Dorendorf kritisiert, dass die Klinik ein Unternehmen sei und der Kreis froh sein müsse, dass die Klinik nicht in kommunaler Hand sei. Er lehnt einen Patientenbeirat ab, da dies ehrenamtliche Politiker zusätzlich belaste. Er betont, dass Probleme bisher über den Beirat gelöst wurden, auch ohne formelle Regelungen.

KTA Heike Bade betont ihre kritische Haltung zur Privatisierung, da sie die Daseinsvorsorge für eine staatliche Aufgabe halte.

KTA Norbert Schwidder erläutert, dass der Beirat ein Austauschgremium sei und betont, dass ein Patientenbeirat unabhängig von politischen Strukturen Nutzerperspektiven einbringen könne.

KTA Heike Bade informiert, dass Herr Schermuly die Vertretungsregelung und die Einberufung der Sitzung durch die Beiratsmitglieder an die Elbe-Jeetzel-Klinik als Vorschlag für einen Tagesordnungspunkt für die nächste Beiratssitzung übermittelt. Sie schlägt vor, den Antrag einstimmig zu beschließen, um Nachdruck zu erzeugen.

Die Verwaltung wird beauftragt, erneut Gespräche mit der Leitung der Elbe-Jeetzel-Klinik zu führen und eine Änderung der Beiratssatzung zu

- **Vertretungsregelung. Beiratsmitglieder können durch eine*n festzulegende*n KTA vertreten werden.**
- **Einberufung von Sitzungen. Bei Bedarf kann durch die Beiratsmitglieder eine Sitzung einberufen werden.**

einstimmig empfohlen Ja-Stimmen: 9 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0

8. Antrag von KTA Bade, KTA Haase-Mühlner, KTA Liebhaber, KTA Schwidder, KTA Beckmann, KTA Hillmer und KTA Peters (SPD) im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 20.05.2026: Barrierefreier Zugang zur Bücherei Lüchow	2026/839
--	-----------------

KTA Norbert Schwidder schlägt vor, die Empfehlung für eine Realisierung im Jahr 2026 rasch zu formulieren, da der Kreisausschuss ohnehin nur eine Empfehlung abgebe.

KTA Heike Bade verweist auf die Vorlage der Kreisverwaltung und darauf, dass Handwerkerressourcen begrenzt seien.

KTA Torsten Schulz betont, dass die Empfehlung des Kreisausschusses lauten müsse, die Maßnahme

2026 durchzuführen, unabhängig von Handwerkerengpässen. Er verweist auch auf eine mögliche Kostenersparnis aufgrund Teuerungen im Vergleich zu einer Realisierung 2027.

KTA Matthias Gallei erinnert in diesem Zusammenhang an die Veranstaltung zum Tag der Menschen mit Behinderung, die von Marlene Bardowicks organisiert wurde, und würdigt deren Rolle als Forum für den Austausch zwischen Betroffenen, Landrätin und Abgeordneten.

KTA Heike Bade bestätigt, dass die Veranstaltung gelungen sei.

Marlene Bardowicks dankt für die raschen Anträge.

Der Ausschuss empfiehlt eine schnelle Umsetzung, wenn möglich in diesem Jahr.

geändert einstimmig empfohlen Ja-Stimmen: 8 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0

8.1. Anfrage von KTA Gallei, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 05.05.2026: Barrierefreiheit Samtgemeinde-Bücherei Lüchow in einem kreiseigenen Gebäude	2026/801
--	----------

Kenntnis genommen

9. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen

KTA Uwe Dorendorf verweist auf eine Umtauschaktion bezüglich der Bezahlkarte hin und fragt, ob solche Aktionen, die das Gesetz aushebeln, akzeptiert werden. Er betont, dass die klare Richtlinie des Landes und Bundes nicht umgangen werden dürfe, da dies auch im Sinne der Flüchtlinge unfair sei.

EKR Simon Schermuly berichtet, dass es hierzu schonmal eine Anfrage gab, und teilt mit dies schriftlich nochmal weiter zu reichen. Gegen die Umtauschaktion könne man nicht vorgehen.

Hartmut Berg fragt, ob die Praxis in anderen Kommunen, 200 Euro in bar auszusahlen und 50 Euro einzubehalten, auch in der eigenen Kommune zulässig sei. Er verweist auf eine Diskussion zu einem Fall in Wolfsburg, bei dem 200 Euro abgehoben werden konnten.

KTA Kurt Herzog erklärt, dass per Nachfrage vom Land klar bestätigt wurde, dass 50 Euro der Regelsatz seien. Er betont, dass bislang keine illegalen Handlungen bei Tauschaktionen festgestellt wurden.

FDL Stephanie Ehrhardt gibt an, dass das Land bestätigt habe, dass 50 Euro der Standard seien, wobei in Einzelfällen eine Abweichung unter Begründung und Antrag möglich sei. Sie bestätigt, dass bislang keine solcher Anträge vorliegen würden.

KTA Heike Bade fragt, ob das Ergebnis der letzten Prüfung an das Protokoll angehängt werden könne.

KTA Uwe Dorendorf stimmt der Anfügung zu.

KTA Kurt Herzog weist auf eine Anfrage zum Schulabsentismus hin, bei der Niedersachsen mit über 300 Fällen bundesweit abständig sei. Er fragt, ob KTA Uwe Dorendorf nochmal beim Ministerium nachfrage, ob diese die Linie beibehalten.

KTA Uwe Dorendorf verspricht, die Anfrage erneut zu prüfen.

9.1. Anfrage von KTA Klepper (SOLI) im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 28.05.2026: Asylantrag Familie	2026/853
---	----------

KTA Kurt Herzog betont, dass die Familie trotz der Ablehnung des BAMF und nachgeschalteter Gerichtsverfahren alle Anforderungen erfüllt, um Vorurteilen entgegenzuwirken. Er kritisiert die Aussage des Richters, wonach dieser Familie politische Verfolgung in der Türkei „mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit“ nicht drohe. Er fordert, die Härtefallmöglichkeit auszuschöpfen, um der Familie eine Bleibeperspektive zu eröffnen.

KTA Christian Carmienieke teilt die Kritik an der Asylverfahrenslogik und betont, dass die Familie arbeitet und in die Sozialkassen einzahle. Er berichtet über anstehende gesetzliche Änderungen in Bezug auf

digitale Antragstellung für Visa. Er mahnt an, dass das Asylrecht auch die Integration und den Übergang zum Arbeitsstatus mehr berücksichtigen müsse. Er hofft auf die Härtefallkommission als Möglichkeit.

Christel Bremer aus Schnega gibt an, dass der Härtefallantrag gestellt wurde und 33 Fürsprecher, darunter Arbeitgeber der Familie, diesen unterstützen. Sie kritisiert die Unzulänglichkeit des Visumsystems anhand von Beispielen, etwa eines Lehrerspaars, das aufgrund des Akademikervisums und anderer Arbeit arbeitslos wurde. Sie fordert, die Familie als integriert anzuerkennen und bittet um Unterstützung.

KTA Heike Bade weist darauf hin, dass digitale Arbeitsvisa noch in der Gesetzgebung seien. Sie schlägt vor, eine Kreistagsresolution zur Unterstützung der Familie zu erwägen.

Hartmut Berg betont die Notwendigkeit, ein Signal für die Integration solcher Familien zu senden.

KTA Norbert Schwidder kritisiert die fehlenden gesetzlichen Regelungen für eine Einwanderungspolitik und schlägt vor, die Landrätin und stellvertretenden Landräte zu einer Stellungnahme zu bewegen, um die Petition zu unterstützen.

KTA Heike Bade mahnt, die Landrätin müsse neutral bleiben, während **EKR Simon Schermuly** dies bestätigt.

KTA Kurt Herzog fordert, Erfahrungswerte zu Härtefallverfahrenszeiten einzuholen und ein schnelles Votum an die Härtefallkommission zu senden.

Christel Bremer aus Schnega erklärt, dass der Härtefallantrag gerade erst gestellt wurde und die Gemeinde ebenfalls eine Stellungnahme abgegeben hätte.

KTA Matthias Gallei und **KTA Christian Carmienke** einigen sich darauf die Resolution überfraktionell zu verfassen.

KTA Uwe Dorendorf schlägt vor, mit Frau Schröder-Köpf Kontakt aufzunehmen, um Informationen zu Härtefallkommission zu gewinnen.

KTA Heike Bade bedankt sich bei den Teilnehmenden und schließt die Sitzung.

gez. Bade

Vorsitzende

gez. Ehrhardt

Protokollführung